

Politische Vernetzung als Weg zum Erfolg – auch für WOHNEN SCHWEIZ

Rede Albert Vitali an der Delegiertenversammlung WOHNEN SCHWEIZ vom 10. Juni 2015

(Zeitraumen: 10 Minuten)

Geschätzter Verbandspräsident Daniel Burri

Geschätzter Verbandsvorstand

Werte Delegierte, liebe Gäste

Ich freue mich, dass die heutige Delegiertenversammlung vom Verband WOHNEN SCHWEIZ hier im Campus Sursee, meiner Wohngemeinde Oberkirch, abgehalten wird. Ich bedanke mich herzlich für die heutige Einladung.

Wir Oberkircher und die Region Sursee sind stolz auf das grösste Bildungs- und Seminarzentrum der Schweiz. Dieser Campus leistet einen wichtigen Beitrag in der Berufsaus- und Weiterbildung. Wir schätzen die gute Zusammenarbeit. Von der Qualität haben Sie sich sicher beim vorherigen Rundgang bereits überzeugen können.

Herzlich offen: Das ist die Begrüssung der Gemeinde Oberkirch auf der Website. Die Gemeinde Oberkirch liegt am Sempachersee und hat über 4'000 Einwohner und hat eine Fläche von rund 1'100 ha. Die Gemeinde hat sich in den letzten Jahren sehr stark entwickelt. Die 18-Loch und 6-Loch Golfanlage rundet diese Entwicklung ab.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ein ehemaliger Bundesrat sagte einmal: „Nur ein finanziell gesunder Staat kann ein sozialer Staat sein“. Dieses Zitat passt ausgezeichnet zu eurem Verband WOHNEN SCHWEIZ.

Wie einige von Ihnen vielleicht wissen, bin ich seit Anfang von meinem Mandat als Nationalrat eng mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau verbunden. Als Liberaler ist das für mich logisch, weil die drei Begriffe **soziales Engagement**, **Eigenverantwortung** und **nachhaltiger Umgang mit den vorhandenen Ressourcen** zu den Grundpfeilern einer liberalen Politik gehören. All das verkörpert für mich der gemeinnützige, genossenschaftlich getragene Wohnungsbau auf einmalige Art:

1. Soziales Engagement:

Die soziale Wohlfahrt und der Zusammenhalt innerhalb in unserer Gesellschaft sind das Fundament der Schweiz. Der gegenseitige Respekt voreinander hält die Schweiz zusammen. Um diese Tugenden weiter zu verfolgen, müssen wir uns den zukünftigen Herausforderungen stellen. Dazu gehört aktuell ganz sicher die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Ausgaben für Wohnen bilden mit über 20% des verfügbaren Einkommens den mit Abstand wichtigsten Budgetposten der Schweizer Haushalte.

2. Eigenverantwortung:

Eigenverantwortung und gemeinsame Selbsthilfe bilden das Fundament des bürgerlich orientierten Wohnungsbaus. Es geht nicht darum, die betroffenen Bevölkerungsschichten einfach mit finanziellen Mitteln zu unterstützen und mit subventionierten Wohnungen das Wohnungsproblem zu bekämpfen. Sondern die Ursachen des Problems werden angepackt.

Der preisgünstige Wohnungsbau baut genau den Wohnraum, wo dem Bedürfnis der betreffenden Bevölkerung entspricht. Und verzichtet manchmal sogar auf die beste Rendite, die man herausholen könnte. Und er garantiert, dass die Mieten auch später moderat bleiben.

3. Nachhaltiger Umgang mit den vorhandenen Ressourcen:

Baugenossenschaften wollen gesunden, qualitativ hochwertigen und trotzdem preisgünstigen Wohnraum erstellen. Sie sind dabei stets Vorreiter in Sachen Innovation, Gebäudeunterhalt und Nachhaltigkeit. Bei neuen technologischen Errungenschaften sind Baugenossenschaften häufig Pioniere.

Sie nutzen die Vorteile der Forschung, auch wenn das teilweise mit gewissen wirtschaftlichen Risiken verbunden ist. Aber genau das macht die Baugenossenschaften für neue Innovationen am Bau so wertvoll: Es existiert der Wille, etwas zu bewegen und sich stetig zu verändern und zu verbessern.

Der Politische Beirat von WOHNEN SCHWEIZ ist ein wichtiger Pfeiler für die politische Vernetzung innerhalb der bürgerlichen Fraktionen und Parteien. Hier werden jedes Jahr die wichtigen wohnpolitischen Themen und auch mögliche Vorstösse diskutiert und koordiniert.

Die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern des Verbandes und uns Parlamentariern ist sehr gut und wir ergänzen uns gegenseitig. Es gilt, den Verband WOHNEN SCHWEIZ als wichtige bürgerliche Kraft wohnpolitisch zu positionieren. Wir dürfen das Thema gemeinnütziger Wohnungsbau nicht den linken Politikern in Bern überlassen.

Vielfach sind es genau die bürgerlichen Fraktionen im Parlament, welche bei wichtigen wohnpolitischen Fragen quasi *das Zünglein an der Waage* spielen. Hier sind wir als Mitglieder des Politischen Beirats gefordert. Es ist zentral, bei unseren bürgerlichen Politikern Aufklärungsarbeit zu leisten.

Vielfach ist bei den Kollegen der Unterschied zwischen dem staatlich subventionierten, sozialen Wohnungsbau und dem genossenschaftlichen, gemeinnützigen Wohnungsbau zu wenig bekannt. Hier gilt es, Aufklärung zu betreiben. Aber weil wir selber bürgerlich sind, gibt uns das die nötige Glaubwürdigkeit.

Denn wir stehen für bürgerliche Werte wie Eigenverantwortung, eine schlanke Verwaltung und dem haushälterischen Umgang mit den finanziellen Ressourcen ein. Und trotzdem, oder gerade darum, wollen wir den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Das regt die Kollegen zum Denken an und leitet einen Prozess ein!

Der Titel meiner heutigen Rede lautet ja „Politische Vernetzung als Weg zum Erfolg – auch für WOHNEN SCHWEIZ“. Das Stichwort Lobbying ist ja nicht gerade ideal, um sich zu profilieren. Vor allem nicht im Moment. ☺ Ich persönlich werte das Lobbying als positiv. Das Lobbying ist für uns Parlamentarier wichtig, weil wir so immer alle Seiten eines Themas zu hören bekommen.

Natürlich erwarte ich von jedem Lobbyisten, dass er seine Interessen ausweist und transparent informiert. Ein normales Lobbying läuft bei mir unter notwendige Information und gehört zu unserer Demokratie. Selbstverständlich muss ich am Schluss meine Entscheidung unabhängig und neutral fällen. Wir im Politischen Beirat vertreten mit dem gemeinnützigen, bürgerlich geprägten Wohnungsbau wirklich eine gute Sache. Das Gemeinwohl in unserer Gesellschaft steht im Zentrum.

Wie man zusammen arbeiten kann, möchte ich als Beispiel die kürzlich im Parlament deutlich angenommene Erhöhung des Rahmenkredites für Bürgschaften in der Wohnraumförderung um weitere 1.9 Milliarden Franken erwähnen.

Gerade vor 10 Tagen haben wir vom Politischen Beirat in Bern eine weitere konstruktive Sitzung gehabt. Im kollegialen Rahmen haben wir darüber diskutiert, wie der bürgerlich geprägte, gemeinnützige Wohnungsbau auf der politischen Agenda des Bundes noch stärker könnte Eingang finden. Es ist dabei teilweise um ganz spezifische Themen gegangen. Z.B. das Modell des Flexiblen Eigentums.

Das Modell hat zum Ziel, das Wohneigentum auf genossenschaftlicher Basis wiederzubeleben und einer breiten Bevölkerungsschicht, insbesondere dem Mittelstand, den Zugang zu Wohneigentum zu erleichtern. Ein weiteres, ganz spezifisches Thema ist die Behandlung von Genossenschaftsanteilsscheinen im Erwachsenenschutzrecht gewesen.

Dank unserer Intervention wird es in der kommenden Revision der „Verordnung über die Vermögenverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft“ aufgenommen.

Bekanntlich ist die Revision des Raumplanungsgesetzes vom Schweizervolk im März 2013 mit 68,3% klar angenommen worden. Die Kantone haben jetzt Zeit, innert 5 Jahren die gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten und umzusetzen. Dabei soll der eingeschlagene Weg der 1. Etappe konsequent eingeführt werden, das heisst: keine Zersiedelung, Verdichtung nach innen, Schutz des Kulturlandes, bedürfnisorientiertes Wachstum und Mehrwertabschöpfung.

Der Planungshorizont wird zudem neu auch auf die Verkehrs- und Energieinfrastruktur von Bund und Kantonen ausgeweitet. Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen soll gefördert werden.

Ein weiteres Thema unseres letzten Treffens ist die 2. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes gewesen. Hier sind wir der Meinung, dass mit diesen Forderungen noch zugewartet werden soll, bis die 1. Etappe weiter fortgeschritten ist.

Sehr geehrte Damen und Herren

Am Schluss bleibt mir noch zu sagen, dass wir Politikerinnen und Politiker nur für gute Rahmenbedingungen sorgen können.

Sie, sehr verehrte Damen und Herren, sind die Macherinnen und Macher und setzen den gemeinnützigen Wohnungsbau an der Basis eins zu eins um!

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen und dem Zentralvorstand unter Ihrem Präsidenten Daniel Burri herzlich zu danken. Dieser Einsatz fordert Freizeit, die Genugtuung ist aber, dass es für eine gute Sache ist. Somit lebt der gemeinnützige Wohnungsbau.

Es bestätigt mir auch, dass ich mich als Politischer Beirat von WOHNEN SCHWEIZ für eine gute Sache einsetzen kann.

Ich freue mich auf weitere interessante Themen aus dem Verband WOHNEN SCHWEIZ und wünsche ihrem oder unserem Verband für die Zukunft weiterhin viel Erfolg und Befriedigung.

Besten Dank.